

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Ortsgemeinderat Altrip

An den Ortsbürgermeister der Gemeinde Altrip  
Volker Mansky  
Rathaus Altrip,  
Ludwigstr.48

Dieter Neugebauer  
Fraktionssprecher  
0171 5324488  
bienenbernie@gmail.com

Maurice Kuhn (Pressekontakt)  
Stv. Fraktionssprecher  
0157 82269079  
kuhn.altrip@web.de

Altrip, 20. Jan. 2022

**Antrag-Nr 2/22** (ersetzt Antrag 2/21 vom 26.Nov 2021)

## Klima-Check: Kosteneinsparung durch Beiträge zur Erreichung der nationalen Klimaschutzziele

### Hintergrund / Begründung des Antrags:

Mit dem am 18.12.2019 in Kraft getretenen Bundesklimaschutzgesetz wurden die Klimaschutzziele in Deutschland erstmals gesetzlich verankert, um den Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur auf möglichst 1,5 Grad Celsius, gegenüber dem vorindustriellen Niveau, zu begrenzen.

Um dieses nationale Ziel zu erreichen, sind Beiträge auf der lokalen Ebene von Privathaushalten, Unternehmen und Kommunen gefordert. Die Verbandsgemeinde hat sich darum auf den Weg gemacht, Klimaschutz stärker zu berücksichtigen. Für die wirksame Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen bedarf es dabei der Mitwirkung der Ortsgemeinden.

Die Preise für nicht erneuerbare Rohstoffe werden durch die eingeführte CO<sub>2</sub>-Bepreisung in den nächsten Jahren stark anziehen. In der Folge werden die Energiekosten für Strom, Wärme und Mobilität steigen. Es ist deshalb sowohl aus Sicht des Klimaschutz als auch aus finanziellen Gründen sinnvoll, Maßnahmen auf lokaler/ kommunaler Ebene zeitnah anzustoßen. Die auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene bereitstehenden Fördermittel können dabei erhebliche finanzielle Entlastungen bei kommunalen Bauprojekten darstellen.

Mögliche Maßnahmen in unserem Wirkungskreis sind z.B.:

- Vermeidung und Reduzierung von klimaschädlichen Treibhausemissionen
- Erzeugung und Nutzung von emissionsfreiem Ökostrom
- Vorbeugende Schutzmaßnahmen gegen die lokalen Auswirkungen des Klimawandels

Als Kommune haben wir eine Vorbildfunktion, der wir in unserer Gemeinde durch zeitnah durchgeführte, zielführende Maßnahmen Rechnung tragen sollten. Eine Möglichkeit bei den Klimaschutz zukünftig stärker zu berücksichtigen ist ein **Klima-Check** seitens der Verwaltung in der Sitzungsvorlage für den Ortsgemeinderat. Bei jedem zu planenden Bauvorhaben (Investitions- oder Unterhaltungsmaßnahme) soll geprüft werden, welche Möglichkeiten bestehen Beiträge zum Klimaschutz zu leisten z.B. durch effiziente und energetisch nachhaltige Infrastrukturmaßnahmen. Die ökologischen und ökonomischen Auswirkungen möglicher Maßnahmen werden (unter Berücksichtigung der Fördermittel und der Preisentwicklung) von der Verwaltung aufgezeigt und dienen dem Gemeinderat als Entscheidungsbasis zur Realisierung.

Eine entsprechende Empfehlung und Orientierungshilfe hat der Deutsche Städtetag zusammen mit dem Deutschen Institut für Urbanistik ausgearbeitet:

<https://www.staedtetag-rlp.de/themen/umwelt-klima-und-verkehr/orientierungshilfe-klimarelevanz/orientierungshilfe-klimarelevante-beschlussvorlagen.pdf?cid=hub>  
(s. Anlage )

**Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt daher folgenden Antrag zur Beschlussfassung im Ortsgemeinderat Altrip:**

Der Ortsgemeinderat spricht sich für die Idee eines Klima-Checks als Beratungsgrundlage für Bauvorhaben aus und beauftragt die Verwaltung entsprechende Schritte im Verwaltungsablauf zu prüfen unter Einbeziehung des Steuerungskreises zum Klimaschutzkonzept und des Klimaschutzmanagers in der VG.

Dabei sollen insbesondere die fundierte Aufbereitung ökologischer und ökonomischer Optionen und deren Auswirkungen auf den Klimaschutz sowie eine transparente Vorlage für den Ortsgemeinderat im Vordergrund stehen.

Mit freundlichen Grüßen



Fraktionssprecher  
Dieter Neugebauer

## ***Orientierungshilfe für die Prüfung klimarelevanter Beschlussvorlagen (PkB) in kommunalen Vertretungskörperschaften***

Nachdem Städte wie Vancouver, Oakland, Los Angeles, London und Basel als Reaktion auf die Initiativen der Jugendbewegung „Fridays for Future“ den „Klimanotstand“ ausgerufen haben, folgte diesem Ausruf am 2. Mai 2019 Konstanz als erste deutsche Stadt. Inzwischen haben sich viele deutsche Kommunen angeschlossen und dazu entsprechende Beschlüsse gefasst.

Die Beschlusslage in den Kommunen ist unterschiedlich, sowohl in Bezug auf die Wortwahl (Klimanotstand, Klima in Not, Klimaschutzinitiative etc.) als auch auf die Inhalte der Beschlüsse. Auch die Ausgestaltung der in manchen Städten vorgesehenen Prüfung der Klimarelevanz bzw. -verträglichkeit, die damit verbundenen Zuständigkeiten und entsprechende personelle oder finanzielle Ressourcen sind sehr verschieden.

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) hat in Abstimmung mit dem Deutschen Städtetag (DST) und dessen Fachgremien (Fachkommission Umwelt und Umweltausschuss) einen Vorschlag erarbeitet, wie eine Prüfung der Klimarelevanz bei der Erstellung von Beschlussvorlagen bzw. bei Anträgen in den kommunalen Vertretungskörperschaften gestaltet werden kann.

Ziel dieser Orientierungshilfe ist es, mit einer möglichst einfachen und wenig aufwändigen Vorgehensweise aufzuzeigen, wie die in den Beschlussvorlagen beantragten Maßnahmen auf ihre Klimarelevanz geprüft werden können. Dadurch soll auch den ehrenamtlichen Kommunalpolitikern/-innen eine gut nachvollziehbare und zugleich sachgerechte Entscheidungsgrundlage geboten werden.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass bewusst auf den Begriff „Klimaverträglichkeitsprüfung“ verzichtet wurde, da hier weder eine Verwechslung noch ein Vergleich mit dem relativ komplexen Verfahren im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung entstehen soll.

Für die Prüfung klimarelevanter Beschlussvorlagen in kommunalen Vertretungskörperschaften wird ein zweistufiges Verfahren vorgeschlagen, das in der ersten Stufe aus einer Vor-Einschätzung der Klimarelevanz und in der zweiten Stufe aus einer Prüfung der Klimarelevanz besteht.

<b>Stufe 1</b>	<b>Vor-Einschätzung der Klimarelevanz</b>		
<b>Auswirkungen auf den Klimaschutz</b>	<b>+ positiv</b>	<b>o keine</b>	<b>- negativ</b>

Bei positiven und bei negativen Auswirkungen folgt Stufe 2.

*Hinweise:*

- *Die Vor-Einschätzung muss in der Beschlussvorlage dokumentiert werden (Transparenz).*
- *In vielen Beschlussvorlagen sind bereits in der Struktur explizite Aussagen zu finanziellen oder personellen Auswirkungen enthalten (z. B. als gesonderte Rubrik am Anfang oder Ende einer Vorlage). Die Struktur könnte analog um klimarelevante Auswirkungen ergänzt werden.*
- *Keine Auswirkungen auf den Klimaschutz haben beispielsweise Beschlussvorlagen zur Vergabe von Straßennamen in einer Stadt oder die Berufung eines Mitglieds der Vertretungskörperschaft in ein Gremium.*
- *Es sollten explizit sowohl positive als auch negative Auswirkungen in der Vorlage dargestellt werden; eine alleinige Konzentration auf negative Auswirkungen wäre nicht zielführend.*

Stufe 2

Prüfung

## A: Auswirkungen des Beschlusses bzw. der Maßnahme auf den Klimaschutz

Treibhausgas(THG)-Ausstoß in CO <sub>2</sub> -eq			
Erhebliche Reduktion	Geringfügige Reduktion	Geringfügige Erhöhung	Erhebliche Erhöhung

Wenn Zahlen/Daten verfügbar sind, werden folgende Orientierungswerte vorgeschlagen (diese können je nach Entscheidung oder ggf. auch nach Größe der Kommune angepasst werden):

geringfügig: < 100 t CO<sub>2</sub>-eq pro Jahr

erheblich: > 100 t CO<sub>2</sub>-eq pro Jahr

*Zur Veranschaulichung: Die Zahlen basieren auf der Annahme, dass eine Person in Deutschland etwa 10 Tonnen THG-Emissionen pro Jahr ausstößt. Zur Bewertung der Auswirkungen auf den Klimaschutz wird der durchschnittliche THG-Ausstoß von 5 Haushalten à 2 Personen herangezogen, d.h. 100 t CO<sub>2</sub>-eq pro Jahr. Anhand dieses Richtwertes sollen die Auswirkungen des Beschlusses bzw. der Maßnahme festgestellt werden.*

*Hinweis:*

*Einige Kommunen plädieren dafür, zusätzlich zur Mengenangabe auch die Dauer des THG-Ausstoßes als Parameter zu betrachten. Dies sollte allerdings in den Kommunen entsprechend der vorhandenen Datenlage entschieden werden.*

Falls keine Zahlen/Daten verfügbar sein sollten, ist eine Begründung für die Klimarelevanz erforderlich.

## B: Prüfung von Optimierungspotenzialen

Es wird als sinnvoll erachtet, dass nach Stufe 1 (positive oder negative Auswirkungen) statt einer möglichen Ablehnung des Beschlusses auch Optimierungsmöglichkeiten durch Förderung des Klimaschutzes aufgezeigt werden. Dazu ist rechtzeitig im Prüfverfahren eine Sensibilisierung und frühzeitige Einbindung der betroffenen Fachressorts notwendig.

Falls durch die Maßnahmen keine Optimierung erzielt werden kann, sollten Kompensations- oder Ausgleichsmaßnahmen angeboten werden.

## C: Verortung des Prüfvorgangs

In der Kommune muss geklärt werden, wer für die Einschätzung und Prüfung zuständig sein soll, ob und in welchem Umfang Unterstützungsleistungen erfolgen sollen und wie die Beteiligung geregelt wird (z.B. Mitzeichnungspflicht des für den Klimaschutz zuständigen Fachressorts).

In der Mehrzahl der bereits durchgeführten Prüfungen wurden bisher die jeweils für den Klimaschutz zuständigen Fachämter mit dieser Aufgabe betraut. In den für den Klimaschutz zuständigen Fachressorts ist zwar das dezidierte Fachwissen im Klimaschutz vorhanden, in vielen Fällen ist aber eine aufwändige Einarbeitung in den jeweiligen Prüfgegenstand, also das zu beschließende Vorhaben, erforderlich. Dafür fehlen in den für Klimaschutz zuständigen Fachämtern entsprechende Ressourcen.

Es wird daher dafür plädiert, dass bei der Erstellung der Beschlussvorlagen das jeweilige Fachressort, bei dem die Sachkenntnis über die zu beschließende Maßnahme vorhanden ist, eine Einschätzung und dann Prüfung der Klimarelevanz vornimmt. Bei Bedarf kann das für den Klimaschutz zuständige Fachamt mit seiner Expertise zur Einschätzung und Prüfung der Klimarelevanz einbezogen werden; dies gilt auch für die Identifizierung und Darstellung von Optimierungspotenzialen und Vorschlägen für Kompensations- und Ausgleichsmaßnahmen. Denkbar wären hierbei beispielsweise auch Informationsveranstaltungen oder Schulungen in den Fachressorts.

Neben der effizienteren Vorgehensweise liegt ein weiterer Vorteil dieser Zuordnung der Prüfung klimarelevanter Beschlussvorlagen darin, dass die Fachressorts für die Klimaauswirkungen ihrer Vorhaben und Maßnahmen zunehmend sensibilisiert und die Beschlüsse zur Steigerung des Klimaschutzes von der gesamten Verwaltung umgesetzt werden müssen.